

Evangelische Volkspartei des Kantons Zürich

Peter Reinhard, Geschäftsführer

Josefstrasse 32, 8005 Zürich

Tel. +41 (0)44 271 43 02

Fax + 41 (0)44 271 43 03

Mobile + 41 (0)79 402 38 82

Skype: peterreinhard.ch

sekretariat@evpzh.ch

www.evpzh.ch

Gesundheitsdirektion Kanton Zürich
Herr Regierungsrat Dr. Thomas Heiniger
Stampfenbachstrasse 30
Postfach
8090 Zürich

danial.tremp@gd.zh.ch

Zürich, 24. Juni 2014/ms/pr

**Vernehmlassung
zur Teilrevision des Gesetzes über die ärztlichen Zusatzhonorare**

Sehr geehrter Herr Regierungsrat Dr. Heiniger

Die Kommission „Gesundheit und Soziales“ der EVP des Kantons Zürich hat unter Leitung von Kantonsrat Markus Schaaf, Zell/Rämismühle, einen Entwurf zur Stellungnahme zur Vernehmlassung erarbeitet. Die Parteileitung hat die vorliegende Stellungnahme der EVP des Kantons Zürich verabschiedet. Die Partei nimmt wie folgt Stellung:

I. Allgemeines

Seit der Festsetzung des geltenden Zusatzhonorargesetzes (ZHG) haben sich im Zürcher Gesundheitswesen grundsätzliche Veränderungen ergeben. USZ und KSW werden – aus Sicht des Kantons – als selbständige Unternehmen geführt, sowohl auf operativer, wie auch auf strategischer Ebene. Als Unternehmen befinden sie sich im direkten Wettbewerb mit andern Spitälern – und zwar kantons-, schweiz- und europaweit. Es ist deshalb sinnvoll und konsequent, wenn der Kanton Zürich „seinen“ Spitälern die gleichen Möglichkeiten zur Honorargestaltung zugesteht, über welche die Mitbewerber schon längst verfügen.

II. Stellungnahme

1. Unterscheidung unselbständige und selbständige kantonale Spitäler

Die EVP begrüsst die Unterscheidung von unselbständigen und verselbständigten Spitälern im ZHG. Damit wird die Position der verselbständigten Institutionen gestärkt und ihnen wird mehr Verfügungsgewalt über die Verwendung der Honorare aus der Zusatzversicherung zugestanden.

Gelder aus den Zusatzhonoraren sind ein wichtiger Anteil am Honorarsubstrat, mit welchem die (Kader-)Ärzte entschädigt werden. Die strategische Leitung (Spitalrat) der beiden verselbständigten Spitäler kann jetzt jeweils in eigener Kompetenz entscheiden, wie und von wem die Gelder aus den Zusatzhonoraren zu verteilen sind. Sie



muss dabei – wie jedes Unternehmen im freien Markt – die relevanten Faktoren berücksichtigen. Es gehört zu ihrer Aufgabe, dafür zu sorgen, dass ihre Unternehmen weiterhin attraktive Arbeitgeber bleiben. Die Verwendung der Zusatzhonorare ist dabei für sie ein wichtiges Instrument.

2. Gültigkeit nur für zusatzversicherte Personen

Wir unterstützen grundsätzlich die Absicht, dass für die Zusatzhonorare nur noch Gelder von zusatzversicherten Patienten verwendet werden dürfen. Damit werden Fehlanreize minimiert. Ein hohes Engagement zum Wohle des (grundversicherten) Patienten muss von einem Kaderarzt erwartet werden und darf nicht von finanziellen Anreizen abhängig sein. Zusatzhonorare sollen – wie es der Name schon sagt - aus Leistungen für zusatzversicherten Patienten generiert werden.

3. Konsequenzen für unselbständige Spitäler

Mit der Unterscheidung von unselbständigen und selbständigen kantonalen Spitälern im ZHG hat Teil A. nur noch für die Psychiatrischen Kliniken des Kantons (PUK, KJPD und IPW) Gültigkeit und wird damit zu einem eigentlichen Psychiatrie-Zusatzhonorar-Gesetz.

Die Psychiatrie kämpft bereits heute mit einem Nachwuchsproblem, welches sich in wenigen Jahren auch auf der Kaderebene auswirken wird.

Deshalb sind für diese Institutionen entsprechende Rahmenbedingungen (z.B. genügend lange Übergangsfristen und entsprechende Kompensationsmöglichkeiten) zu schaffen, damit sich ihre Attraktivität als Arbeitgeberin nicht weiter verschlechtert.

III. Fazit

Die EVP begrüsst die angestrebte Gesetzesrevision. Sie verschafft vor allem den selbständigen Spitälern des Kantons mehr Handlungsspielraum und stärkt ihre Position gegenüber den Mitbewerbern.

Mit grosser Sorge betrachten wir jedoch die Auswirkungen auf die unselbständigen Spitäler (Psychiatrien). Hier gilt es darauf zu achten, dass Unternehmen auch in Zukunft attraktive und konkurrenzfähige Arbeitsbedingungen anbieten können.

Wir danken, sehr geehrte Herr Regierungsrat, für Ihre Kenntnisnahme und freuen uns über die Berücksichtigung unserer Überlegungen.

Freundliche Grüsse

Evangelische Volkspartei (EVP) des Kantons Zürich

Der Präsident

Der Geschäftsführer

Johannes Zollinger
Kantonsrat

Peter Reinhard
Kantonsrat